

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 279 (2006)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

(1. MAI 2004 BIS 30. APRIL 2005)

2004 – das Jahr der grossen Naturkatastrophen

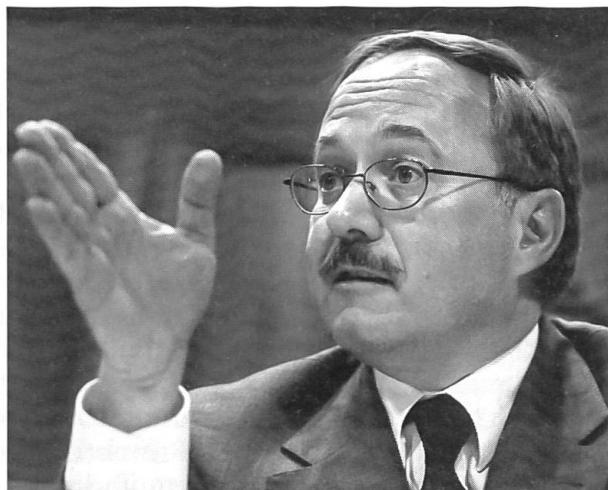
Neben dem politischen Geschehen wird das Jahr durch ausserordentlich viele Naturkatastrophen geprägt. China, Haiti, Indien, Bangladesch und Nepal werden in der ersten Jahreshälfte von schweren Unwettern heimgesucht, die bereits 5000 Todesopfer fordern. Im Sommer und Herbst wüten dann ausserordentlich viele Tornados in verschiedenen Karibikstaaten und in Florida, zwar mit weniger Todesopfern, aber sehr grossen materiellen Schäden. Im Oktober fordert der Taifun «Tokage» in Zentraljapan 90 Tote. Dies nach einem schweren Erdbeben in der japanischen Präfektur Niigata, das grossen materiellen Schaden anrichtete.

Am 26. Dezember folgt als trauriger Höhepunkt dieser Naturereignisse ein schweres Seebeben westlich der Nordspitze von Sumatra. Es wies die seltene Stärke von 9,0 auf der Richterskala auf und ereignete sich an der Bruchstelle zwischen der indischen und der burmesischen Kontinentalplatte. Dabei schob sich nach Berechnungen von Wissenschaftern die indische über 15 m unter die burmesische Platte, und das in einem Schlag und über eine

Länge von 1200 km entlang dem Andamanen-Grabens. Normalerweise schiebt sich die indische Platte in einem Jahr nur 6 cm unter die burmesische. Das Beben löste einen so genannten Tsunami mit verheerenden Folgen für viele Staaten aus. Tsunami ist japanisch und bedeutet «grosse Welle im Hafen». Der Tsunami breitete sich hauptsächlich in westlicher und östlicher Richtung aus. Im Westen waren vor allem Sri Lanka, Indien und die Inselgruppe der Malediven betroffen. Aber selbst an der einige tausend Kilometer entfernten Küste von Afrika in Somalia und Kenia entstanden Schäden und starben Menschen. In östlicher Richtung wurde die Nordspitze von Sumatra, die Provinz Aceh als nächstgelegenes Land, äusserst schwer getroffen.

Aber auch der Südwesten von Thailand mit den Feriengebieten von Kao Lak, Phuket und Phi Phi wurde stark heimgesucht.

Die Opferbilanz wird voraussichtlich nie genau ermittelt werden können. Sechs Wochen nach dem Ereignis lauteten die Verluste an Menschenleben auf 240 774 in Indonesien, 30 957 in Sri Lanka, 10 744 in Indien, 5384 in Thailand, Somalia 298, Malediven 82, Burma 90, Malaysia 66 und einige Opfer in Bangladesch, Kenia und Tansania. In Sri



Samuel Schmid
Bundespräsident für das Jahr 2005
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

Lanka, Indien und Thailand wurden immer noch über 14 000 Menschen vermisst. Es ist anzunehmen, dass die Katastrophe mehr als 300 000 Menschen das Leben kostete. In den touristischen Gebieten von Thailand, Sri Lanka und den Malediven waren viele Ausländer unter den Opfern. Insgesamt waren Bürger aus 50 Nationen betroffen. Es sind ungefähr 125 schweizerische Opfer zu beklagen. Identifiziert sind bisher 60 Personen, aber 65 gelten

als vermisst, und die Chancen, sie je wieder zu finden, sind gering. Die Identifikation der Geborgenen mit Hilfe von DNA-Analysen braucht viel Zeit und wird wegen der hohen Zahl von Opfern mehrere Monate dauern.

In den betroffenen Gebieten wurden die Küstengebiete weitgehend zerstört. Je nach Küstenformation reichten die Zerstörungen weit in das Landesinnere. In vielen Orten wurde die gesamte Lebensgrundlage der Küstenbewohner ausgeradiert. Dies betraf hauptsächlich Fischer und tourismusabhängige Installationen. Das Ausmass der Zerstörungen löste rund um die Welt grosse Teilnahme und viele Hilfsaktionen aus. Am 5. Januar fand in der Schweiz ein nationaler Trauer- und Sammeltag statt. Bundespräsident Samuel Schmid sprach von «einigen hundert Toten» aus der Schweiz. Über viele Wochen trafen immer wieder Spenden ein, und drei Monate nach der Katastrophe meldete die Glückskette den Eingang von über 218 Millionen Franken. Die Spendengelder sollen hauptsächlich für den langfristigen Wiederaufbau durch die verschiedenen Hilfswerke benutzt werden.

Das weltpolitische Geschehen wurde auch in diesem Jahr weitgehend von den Ereignissen im Mittleren Osten, den Konflikten im Irak und in Palästina, geprägt.



Beerdigung von Flutopfern in Khao Lak in Thailand (Foto: Keystone)

Irak

Heftige Zusammenstösse zwischen Schiiten des Extremisten Sadr in Nadschaf und den alliierten Truppen sowie Einsätze gegen bewaffnete Aufständische in der sunnitischen Stadt Falludscha haben Dutzende von Toten zur Folge. – Am 11. Mai wird ein amerikanischer Zivilist vor laufender Videokamera entführt.

Am 28. Juni übergeben die USA die zivile Macht an die Übergangsregierung Allawi.

Nach mehrwöchigen Kämpfen zwischen irakischen und amerikanischen Truppen gegen die Milizen des extremistischen Predigers as-Sadr um die Pilgerstadt Nadschaf erwirkt der Grossayatollah Sistani einen Waffenstillstand.

Im November stürmen irakische und amerikanische Truppen die Stadt Falludscha, in der sich einige tausend Aufständische verschanzt hatten. Vielen gelingt die Flucht, aber etwa 1200 werden getötet. Die Amerikaner verlieren 38 Soldaten. Im sunnitischen Dreieck gehen die Scharmützel und Anschläge weiter.

Ende Januar wurden im Irak erstmals freie Wahlen durchgeführt. Im Vorfeld wurde des Öfteren moniert, dass das Land im Hinblick auf die schwierige innenpolitische Sicherheitslage noch nicht für Wahlen bereit sei. Es

fanden in dieser Zeit vermehrt Anschläge auf vorgesehene Wahllokale und Wahlveranstaltungen statt. Die sunnitische Seite rief zu einem Boykott der Wahlen auf. Trotz diesen schlechten Vorzeichen wurden die Wahlen durchgeführt und für den Regierungschef der Übergangsregierung und die Amerikaner zu einem grossen Erfolg. Die Wahlbeteiligung betrug ca. 60%. Die Kurden und die schiitischen Wähler bekundeten mit ihrer massiven Stimmabgabe, dass sie den Wechsel zu einer demokratischen Regierung voll unterstützen. Im 275-köpfigen Parlament verfügen die Schiiten mit ihren 140 Sitzen über eine einfache Mehrheit. Die Kurden erreichten 70 Sitze. Die Regierungsbildung und insbesondere die Wahl eines Präsidenten sowie von zwei Vizepräsidenten erwiesen sich als sehr schwierig. Erst Anfang April kam es zur Wahl des Kurden Jalal Talabani zum ersten demokratisch gewählten Präsidenten und seiner beiden Stellvertreter. Vieles dreht sich um die Frage der Einbindung der sunnitischen Minderheit, die den Wahlen zwar zum Teil ferngeblieben ist, ohne deren Mitwirkung aber keine Befriedung des Iraks möglich scheint. Ein weiterer wichtiger Streitpunkt dreht sich um Öl. Die Kurden, die im Gegensatz zu den Schiiten und Sunniten keine Araber sind, wollen die Stadt Kirkuk in ihr Gebiet integrieren. Die Stadt Kirkuk ist kurdisch, wurde aber unter Saddam stark arabisiert. Ein grosser Teil des irakischen Öls lagert rund um Kirkuk. Die Kurden wollen die Erträge aus dem Öl hauptsächlich für sich behalten. Der irakische Zentralstaat kann dies kaum zulassen. Weder die Schiiten noch die Sunniten werden dieses Zugeständnis an die Kurden machen.

Auch sonst gibt es viele Gegensätze. Die Schiiten sind unter der Führung der Ayatollahs aus Nadschaf in die Wahl gezogen. Der Staat, den sie wollen, soll islamisch geprägt sein, ohne ein Gottesstaat nach iranischem Muster zu sein. Die Kurden, als Sunniten, sind wesentlich weltlicher orientiert und streben eine weitgehend «islamfreie» Verfassung an. Die Zeit drängt, da aus der Nationalversammlung bis Ende 2005 eine neue

Verfassung für einen föderalen Staat hervorgehen soll. Erst dann sollen eine definitive Nationalversammlung und Regierung die bisherigen Übergangsgremien ablösen. Zum Aufbau eines nachhaltig demokratischen Staates werden noch viele Hürden zu überwinden sein.

Palästina

Im südlichen Gazastreifen startet Israel eine Zerstörungs- und Vertreibungsoffensive mit dem Ziel, angebliche Waffenschmuggel-Tunnels an der Grenze zu Ägypten zu zerstören. Dieser Aktion fallen 43 Palästinenser zum Opfer, fast 300 Häuser werden zerstört und über 700 Familien werden obdachlos.

Der Internationale Gerichtshof erklärt die israelische Sperranlage gegen die Palästinenser als völkerrechtswidrig. Israel lehnt das Urteil ab. Kurz darauf, am 21. Juli, fordert die UNO-Generalversammlung mit 150 zu 6 Stimmen den Abbau der Sperranlage. Die Schweiz wird eingeladen, Konsultationen zur Einhaltung der Genfer Konvention in den palästinensischen Gebieten und zur Frage der Legitimität der Sperranlage aufzunehmen.

Der schwer kranke Yasser Arafat wird im Oktober von seinem Amtssitz Ramallah nach Frankreich in ein Militärspital verlegt. Nach tagelanger Agonie verstirbt er am 11. November im Alter von 75 Jahren. Nach einem Staatsakt in Ägypten wird er vor seinem Amtssitz in Ramallah beigesetzt. Mahmud Abbas wird Vorsitzender der PLO und Rawhi Fattuh neuer Chef der Autonomiebehörde.

Mahmud Abbas ist Anfang Januar klarer Sieger der Präsidentenwahlen der Autonomiebehörden. Er erhält über 62% der Stimmen. Die Stimmabteiligung beträgt über 60%. Sechs Tage nach seiner Wahl legt der neue palästinensische Präsident den Amtseid ab. In seiner Antrittsrede verurteilt Abbas die Gewalt in den palästinensischen Gebieten, für die er allerdings in erster Linie Israel verantwortlich macht. Er bietet Israel eine Waffenruhe an. «Partnerschaft kann nicht durch Dik-

tat erreicht werden, und Frieden kann nicht durch Teil- oder Übergangslösungen erreicht werden», sagt Abbas. An die israelische Bevölkerung gewandt erklärt er: «Wir sind zwei Völker, die dazu bestimmt sind, Seite an Seite zu leben und dieses Land zu teilen.» Auf seiner Seite muss er die militanten Palästinensergruppen zur Mitwirkung überzeugen. In der Folge gelingt ihm das auch weitgehend.

Am 8. Februar findet im ägyptischen Scharm el-Scheich nach mehr als vier Jahren Blutvergiessen ein Nahostgipfel zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon, dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas, König Abdullah II. von Jordanien und dem ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak als Gastgeber statt. Für Israel steht die eigene Sicherheit an erster Stelle, die arabische Seite ist vor allem an der

Errichtung eines palästinensischen Staates im Gazastreifen und im Westjordanland interessiert. In kleinen Schritten nähert man sich der Wiederaufnahme von echten Friedensverhandlungen auf der Basis der «Road map». Regelmässige Konsultationen werden vereinbart, und als äusseres Zeichen kündigt Israel die Übergabe der militärischen Kontrolle über die Städte Ramallah, Jericho, Bethlehem, Tulkarem und Kalkillijah an. Unterdessen verfolgt die israelische Regierung die Bemühungen für die Räumung der jüdischen Siedlungen im Gazastreifen weiter. Das Kabinett stimmt dem Rückzugsplan von Ariel Sharon am 20. Februar zu und das Parlament entscheidet Ende März, dass keine Volksabstimmung darüber abgehalten wird.

Libanon

Während sich erste Erfolge in der Befreiung zwischen Israel und den Palästinensern abzeichnen, zeigt ein Ereignis vom 14. Februar, wie instabil die ganze Region ist. Bei einem Attentat wird der frühere Ministerpräsident Rafic Hariri getötet. Hariri war vier Monate vor dem Attentat zurückgetreten nach Auseinandersetzungen mit seinem langjährigen Rivalen, dem pro-syrischen Staatschef Emile Lahoud. Der Tod von Hariri löst sofort grosse Demonstrationen gegen die pro-syrischen Politiker und die «Schutzmacht» Syrien aus. Sein pro-syrischer Nachfolger als Ministerpräsident, Omar Karame, tritt Ende Februar zurück. Syrien wird gezwungen, seine Truppen aus dem Libanon abzuziehen. Mehrere Bombenanschläge in Beirut weisen auf die prekäre Lage im Land hin.

Vatikan

Am Samstag, 2. April 2005, stirbt im Vatikan Papst Johannes Paul II. Sein Tod löst weltweit grosse Trauer aus, insbesondere unter den auf etwa 1 Milliarde geschätzten Katholiken der ganzen Welt. Mit seinem Tod



Mahmud Abbas, Nachfolger von Yasser Arafat
(Foto: Keystone)

geht eines der längsten Pontifikate der Geschichte zu Ende. Während 26½ Jahren wirkte er als Oberhaupt der Katholiken und prägte mit seinem Verständnis der Religion die Kirche. Keiner seiner Vorgänger hatte ein derartig ausgeprägtes Flair für öffentliche Auftritte mit grosser medialer Wirksamkeit. Er missionierte persönlich bis in entlegene Winkel der Erde und besuchte auf seinen 104 Reisen 129 Länder. Seine Besuche wirkten als grosse Publikumsmagnete und seine Messen, die er unter offenem Himmel las, mobilisierten Hunderttausende. Seine Wahl im Oktober 1978 war auch eine politische Wahl, wurde doch erstmals seit über 450 Jahren ein «Ausländer» und erst noch einer aus dem kommunistischen Osteuropa gewählt. Karol Wojtyla – sein bürgerlicher Name – stammte aus Polen und wirkte vor seiner Wahl zum Papst als Erzbischof von Krakau. Als erstem Polen, der zum Papst gekürt wurde, konnte das kommunistische Land den Besuch seiner Heimat nicht verwehren, und das erwies sich bald als weltpolitisch bedeutsam. Seine Massenauftritte machten den ideologischen Bankrott des Regimes augenfällig, und es entstand eine Widerstandsbewegung, die den polnischen Kommunismus bezwang und schliesslich zur Überwindung des Kalten Krieges führte.

Nach einem ungewöhnlich kurzen Konklave von zwei Tagen wird als Nachfolger Kardinal Joseph Ratzinger zum neuen Papst gewählt. Er nimmt den Namen Benedikt XVI. an. Unter Papst Johannes Paul II. diente Kardinal Ratzinger als Präfekt der Glaubenskongregation. In dieser Funktion hatte er die Aufgabe, als Hüter des Glaubens für die Einheit der Lehre zu sorgen. Er ist 78-jährig und gilt als konservativ.

USA

In New York wird Anfang Mai das Gemälde «Garçon à la pipe» von Picasso für 104 Millionen Dollar versteigert. Das sind über 20 Millionen mehr als der bisherige Rekord für ein Gemälde von van Gogh.



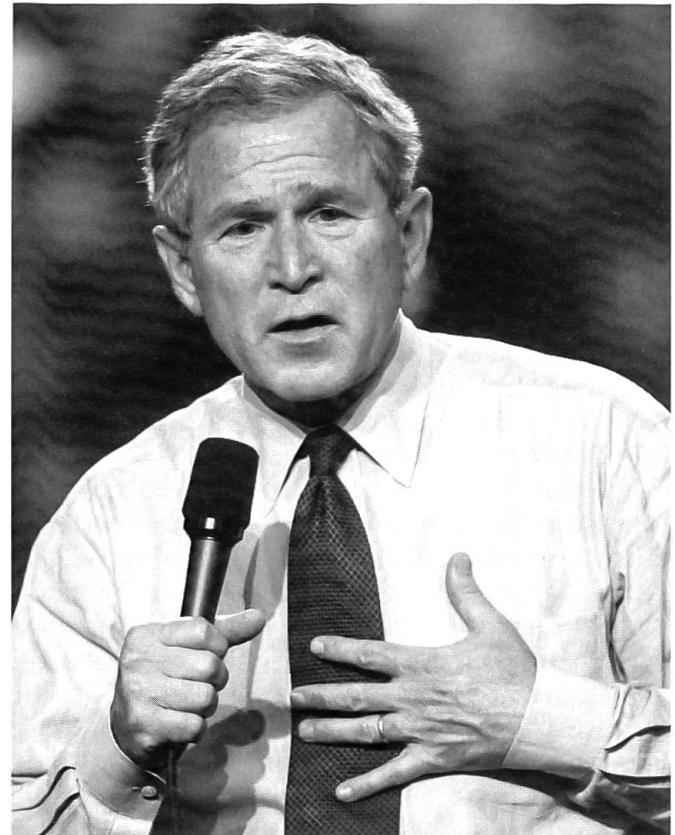
Papst Johannes Paul II., † 2. April 2005
(Foto: Keystone)

Am 2. November wählen die USA den Republikaner George W. Bush mit deutlichem Vorsprung auf den Demokraten John F. Kerry für eine zweite Amtszeit als Präsidenten. Auf ihn entfallen 3,5 Millionen Volksstimmen und 34 Elektorenstimmen mehr als auf John F. Kerry. Allgemein war ein viel knapperer Wahlausgang erwartet worden. Bei der gleichzeitigen Teilerneuerung des wichtigen Senats gelingt den Republikanern die Erhöhung ihrer knappen Mehrheit von 51 auf 55 Sitze. Insgesamt verfügt George W. Bush für seine zweite Amtszeit über eine komfortable Mehrheit in den beiden legislativen Kammern.

Neun der 15 Ministerposten der neuen Regierung von George W. Bush wurden neu besetzt. Allerdings ändert sich wenig, da von den neun Neuen sieben bereits jetzt für die Regierung arbeiteten. Bush setzt auf treue und ergebene Mitarbeiter. Drei Frauen sind im Kabinett. Je zwei Ministerposten nehmen La-

tinos, Asiaten und Schwarze ein. Bushs engste Vertraute behalten oder nehmen Schlüsselstellen ein. Es sind dies Dick Cheney (Vizepräsident), Donald Rumsfeld (Verteidigung), Condoleezza Rice (Äusseres), Alberto Gonzales (Justiz), Margaret Spellings (Bildung) und Michael Cherkoff (innere Sicherheit). – In seiner Rede zur Lage der Nation, die mit einer Regierungserklärung verglichen werden kann, vor dem versammelten Kongress nennt Bush hauptsächlich innenpolitische Ziele. Sehr ambitionös und politisch heikel ist der geplante Umbau der Alters- und Hinterlassenenvorsorge (Social Security). Diese sehr populäre amerikanische AHV funktionierte bisher im Umlageverfahren, d.h. die jetzt aktive Bevölkerung berappt die laufenden Renten. Ähnlich wie in der Schweiz droht die demografische Entwicklung mit der längeren Lebensdauer und den gleich bleibenden Beiträgen das System auszuhebeln. Nun schlägt Bush, recht vage, die Einführung eines Teil-Beitragssprims vor. Bei diesem System berechnet sich die zukünftige Rente nach den einbezahlten Beiträgen jedes Einzelnen. Schwierig bei einem solchen Systemwechsel ist die Finanzierungsfrage für die jetzt aktive Bevölkerung, die bisher laufende Renten bezahlte. Im Weiteren sprach sich der Präsident erneut für ein Verfassungsverbot von gleichgeschlechtlichen Ehen aus. – Im aussenpolitischen Teil feiert er die erfolgreiche Durchführung der Wahlen im Irak und erhofft sich eine Ausstrahlung des Demokratieprozesses auf Syrien und Iran.

Im März wird die Auseinandersetzung über die Weiterführung von lebenserhaltenden Massnahmen bei Terry Shiavo in den USA zum Politikum und durch die Medien weltweit zum Diskussionsthema. Sie ist 41 Jahre alt und liegt nach einem Herzstillstand seit 15 Jahren im Wachkoma. Der Ehemann, dem das Gericht die Vormundschaft übertragen hat, kämpft um das Recht, die lebenserhaltenden Massnahmen zu beenden, nachdem schon längere Zeit keine Hoffnung auf Besserung mehr besteht. Die Eltern von Terry Schiavo bekämpfen diesen gerichtlichen Beschluss mit allen Mitteln. Neben den zuständigen Gerich-



George W. Bush bei seiner Wahlkampagne 2004
(Foto: Keystone)

ten des Staates Florida werden die Bundesgerichte und der Oberste Gerichtshof angerufen. Selbst der Kongress wird bemüht, und er erlässt ein Sondergesetz, das sofort vom Präsidenten in Kraft gesetzt wird. Daraus entsteht eine Debatte über die Zuständigkeiten zwischen der Politik und der Gerichtsbarkeit. Der überwiegende Teil der Amerikaner verurteilt die Einmischung der Politik aus Gründen der Gewaltentrennung und der individuellen Rechte. In vielen Ländern wird dadurch das Tabu-Thema «Leben oder sterben lassen» über die passive Sterbehilfe aufgenommen.

Mittel- und Südamerika

In der Silvesternacht kommt es in Buenos Aires (Argentinien) zu einer Brandkatastrophe in einer Disco. 186 Menschen finden den Tod.

Asien

In Beslan in Nordossetien im Kaukasus überfallen fast 30 Tschetschenen am ersten Tag des neuen Schuljahres eine Schule. Sie nehmen 1200 Personen, vor allem Kinder, als Geiseln. Nachdem die Terroristen auf flüchtende Geiseln geschossen haben, stürmen russische Spezialtruppen die Schule. Bei heftigen Kämpfen kommen 339 Geiseln, darunter 156 Kinder, ums Leben. Der Schock sitzt in Russland tief, und die Behörden und Einsatzleiter wurden heftig kritisiert. Als Auftraggeber für den Überfall bekennt sich im Nachhinein der Islamist Schamil Bassajew.

Nach Georgien und der Ukraine wird in Kirgistan die dritte Regierung in ehemaligen Sowjetrepubliken im März gestürzt. Nach wenigen Demonstrationen von Oppositionellen gegen Manipulationen bei vorangegangenen Parlamentswahlen verlässt der amtierende Präsident Askar Akajew das Land und hinterlässt in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek ein Chaos. Es gibt blutige Krawalle und massive Plünderungen in Supermärkten, die Familienmitgliedern des gestürzten Präsidenten Akajew gehören. Kirgistan hat eine strategisch wichtige Position zwischen China und Russland. Wie die Russen unterhalten auch die Amerikaner im Land einen Luftwaffenstützpunkt. Beide sind an stabilen Verhältnissen im Land interessiert. Die Amerikaner versorgen von Kirgistan aus ihre Truppen in Afghanistan.

Afrika

Anfang Januar wird im Sudan ein Friedensprotokoll unterzeichnet. Es soll den 21-jährigen Bürgerkrieg zwischen Norden und Süden beenden.

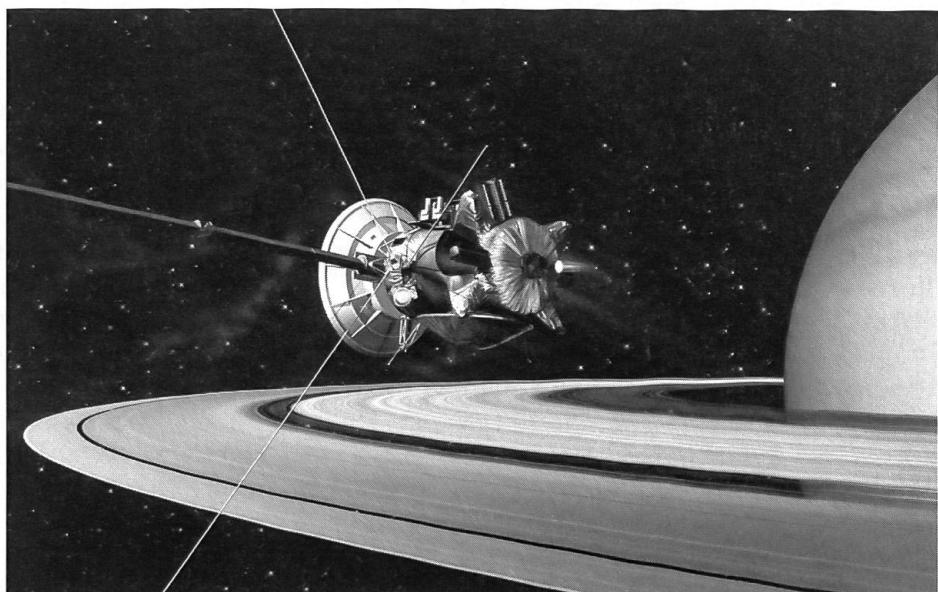
Laut Schätzungen sind während dieser Zeit 1,5 Millionen Todesopfer zu beklagen und 4 Millionen Menschen vertrieben worden.

Eine der schwersten Heuschreckenplagen seit Menschengedenken sucht die Länder Mauretanien, Mali, Niger und Tschad heim und vernichtet grosse Mengen lebenswichtiger Güter. Diese armen Länder der Sahelzone werden dadurch stark auf Hilfe von aussen angewiesen sein.

Europa

Die europäischen Weltraumforscher feiern am 14. Januar einen grossen Erfolg. Die Sonde Huygens landet nach sieben Jahren und 3,2 Milliarden zurückgelegten Kilometern auf dem Saturnmond Titan und sendet überraschend gute Bilder von dessen Oberfläche. Titan ist außer der Erde der einzige Himmelskörper in unserem Sonnensystem, der von einer Atmosphäre aus dichtem Dunst (Methan/ Stickstoff) umgeben ist, die auf einen Flüssigkeitskreislauf hindeutet.

Im französischen Toulouse wird der neue Gigant der Lüfte, der Airbus A380, am 18. Januar erstmals vorgestellt. Am 28. April erfolgt



Die Sonde Huygens auf dem Weg zum Saturnmond Titan (Foto: Keystone)

der erfolgreiche Jungfernflug vor einer riesigen Zuschauermenge. Das zweistöckige Flugzeug kann bis zu 800 Passagiere aufnehmen und hat eine Reichweite von 15 000 Kilometern. Die maximale Nutzlast beträgt 84 Tonnen. Die Endmontage findet im französischen Toulouse statt. Verschiedene Teile werden in Deutschland, Grossbritannien und Spanien hergestellt. Selbst in der Schweiz, im Flugzeugwerk Emmen, werden Flügelteile gebaut. Weitere sieben Schweizer Firmen sind als Zulieferer von Einzelteilen am Projekt beteiligt.

Europäische Union (EU)

Die EU nimmt am 1. Mai zehn neue Mitglieder vorwiegend aus Ostmitteleuropa auf: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Malta und den griechischen Teil Zyperns. Kurz darauf, am 13. Mai, billigen die EU-Botschafter die neuen Verträge, die Bilateralen II, zwischen der EU und der Schweiz. Diese Verträge müssen noch beidseitig ratifiziert werden. In der Schweiz werden 2005 Volksabstimmungen darüber entscheiden.

Die massive Erweiterung der EU wird wesentliche Auswirkungen auf die Schweiz haben. Für unsere Exportwirtschaft vergrössert sich das Gebiet des Freihandels enorm, insbesondere wenn man bedenkt, dass in den neuen EU-Ländern grosser Nachholbedarf besteht. Andererseits wird befürchtet, dass durch die Abkommen über die Personenfreizügigkeit in unserem Land die Löhne unter Druck geraten werden. Mit Hilfe von Übergangsfristen soll dieses Problem abgedeckt werden.

Am 29. Juni wählen die Staats- und Regierungschefs der EU den portugiesischen Ministerpräsidenten José Manuel Durão Barroso als Nachfolger von Romano Prodi zum Präsidenten der EU-Kommission.

Im Mutterland der Olympiaden werden in Athen die 28. Olympischen Sommerspiele ausgetragen. Einige Veranstaltungen finden an den historischen Stätten der Olympiaden der Frühzeit statt. An diesen Festspielen erringen

die Schweizer Sportler fünf Medaillen. Gold geht an den Berner Marcel Fischer (Fechten), Silber an Risi/Marvulli (Radbahnfahrer) und Bronze an Heuscher, Kobel (Beachvolleyball), Karin Thürig (Radrennfahrerin) und Sven Riederer (Triathlon).

In Rom unterzeichnen die Staats- und Regierungschefs der 25 Mitgliedstaaten den EU-Verfassungsvertrag, der nun von allen Staaten noch ratifiziert werden muss. Zum Teil muss das mit Volksabstimmungen erfolgen. Eine erste – erfolgreiche – Volksabstimmung findet in Spanien statt. In einigen andern Ländern erwartet man grösseren Widerstand.

BRD

Die Lastwagenmaut auf den Autobahnen der Bundesrepublik Deutschland wird am 1. Januar 2005 eingeführt. Der Start gelingt nach zwei vorangegangenen Fehlversuchen, die Einnahmeausfälle in Milliardenhöhe verursachten.

Die Arbeitslosenzahl übersteigt im Januar die politisch sensible Schwelle von 5 Millionen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote erreicht damit 11,4%. Diese Rekordzahl ruft die anhaltende Misere am deutschen Arbeitsmarkt deutlich in Erinnerung.

Monaco

Anfang April stirbt Fürst Rainier III. von Monaco. Während 55 Jahren war er Regent des Fürstentums. Unter seiner Führung wandelte sich der mediterrane Zwergstaat vom Operettenfürstentum zum modernen staatlichen Unternehmen. Dem Fürsten gelang etwas ganz Seltenes. Während seiner Herrschaft hat er das Territorium des Staates mit friedlichen Mitteln um etwa 20% erweitern können, indem er durch Landaufschüttungen dem Mittelmeer 34 Hektar Land abrang. In Erinnerung bleibt insbesondere seine Eheschliessung von 1956 mit der amerikanischen Filmschauspielerin Grace Kelly. Die sehr beliebte, würdige und bezaubernde Fürstin

Grace kam 1982 bei einem Autounfall ums Leben. Nachfolger von Fürst Rainier III. wird sein Sohn Albert II.

Osteuropa

In der Ukraine sollte am 21. November ein neuer Präsident als Nachfolger von Leonid Kutschma gewählt werden. Die Wahl endet – nicht unerwartet – in einem Chaos. Der Kandidat der ostukrainischen Machtelite, Wiktor Janukowitsch, erklärt sich sofort zum offiziellen Sieger, und er wird auch gleich vom russischen Präsidenten Putin beglückwünscht. Gleichzeitig macht der Oppositionsführer Wiktor Juschtschenko massiven Wahlbetrug geltend, was auch von unabhängigen Beobachtern bestätigt wird. Die Opposition organisiert grosse Massendemonstrationen und Proteste in verschiedenen Städten, insbesondere in der Hauptstadt Kiew, und gewinnt im westlichen Teil der Ukraine immer mehr Anhänger. Das oberste Gericht wird angerufen und es annulliert am 3. Dezember die Wahl und ordnet eine Wiederholung an. Diese findet am 26. Dezember statt und bringt mit 52% der Stimmen einen klaren Sieg des Oppositionsführers Wiktor Juschtschenko. Er befürwortet eine Öffnung der Ukraine gegen Westen und sein Wunschziel wäre ein Beitritt zur EU. Diese Stellungnahme birgt viel Zündstoff zwischen dem pro-russischen Ostteil, dem russischen Nachbarn und dem westlichen Teil der Ukraine. Der Wahlkampf wird sehr heftig geführt. Die Widersacher Wiktor Juschtschenkos schrecken selbst vor einem Giftanschlag mit Dioxin nicht zurück, was von österreichischen Ärzten diagnostiziert wird.

Nach Ablehnung der Wahlbeschwerden des unterlegenen Wiktor Janukowitsch durch das oberste Gericht wird Wiktor Juschtschenko im Januar offiziell neuer Präsident und ernannt als seine Premierministerin die nicht unumstrittene Julia Timoschenko. Trotz einigen Gegnern, auch im eigenen Lager, wird sie mit 357 Stimmen ohne Gegenstimme bestätigt. Als frühere Energieministerin trägt sie den Übernamen «Gas-Prinzessin».

Schweiz

Am 16. Mai lehnt das Schweizer Stimmvolk die Vorlagen zur 11. AHV-Revision mit 67,9%, die Steuerreform mit 65,9% und die Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der AHV mit 68,8% ab. Die vorgeschlagenen Reformen waren überladen und boten viele Angriffsmöglichkeiten, die zu diesen massiven Nein-Stimmen führten.

Am Eidgenössischen Schwingfest in Luzern im August wird der Wattwiler Jörg Abderhalden zum zweiten Mal Schwingerkönig nach 1998.

Bei den Abstimmungen vom 26. September wird zum dritten Mal eine Vorlage zur erleichterten Einbürgerung der zweiten Ausländergeneration abgelehnt. Die Kinder der dritten Generation sollen das Bürgerrecht auch nicht automatisch erhalten. – Andererseits wird die Vorlage für einen bezahlten Mutterschaftsurlaub angenommen. – Die Volksinitiative zur Erhaltung eines flächendeckenden Poststellennetzes wird knapp verworfen.

Am 27. November ereignet sich im solothurnischen Gretzenbach ein tragischer Unfall bei einem Löscheinsatz der Feuerwehr. Der an sich «normale» Einsatz zum Löschen von drei brennenden Autos in einer Tiefgarage wird durch den plötzlichen Einsturz der Decke zur Todesfalle für sieben Feuerwehrleute.

Beim letzten Abstimmungswochenende im Jahr 2004 nehmen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger alle drei Vorlagen klar an. Das Stammzellen-Forschungsgesetz wird mit 66,4% gutgeheissen, der neue Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen mit 64,4% und die neue Finanzordnung mit 73,8% Ja-Stimmen.

Am 8. Dezember wird der Seeländer Samuel Schmid zum Bundespräsidenten für 2005 gewählt.

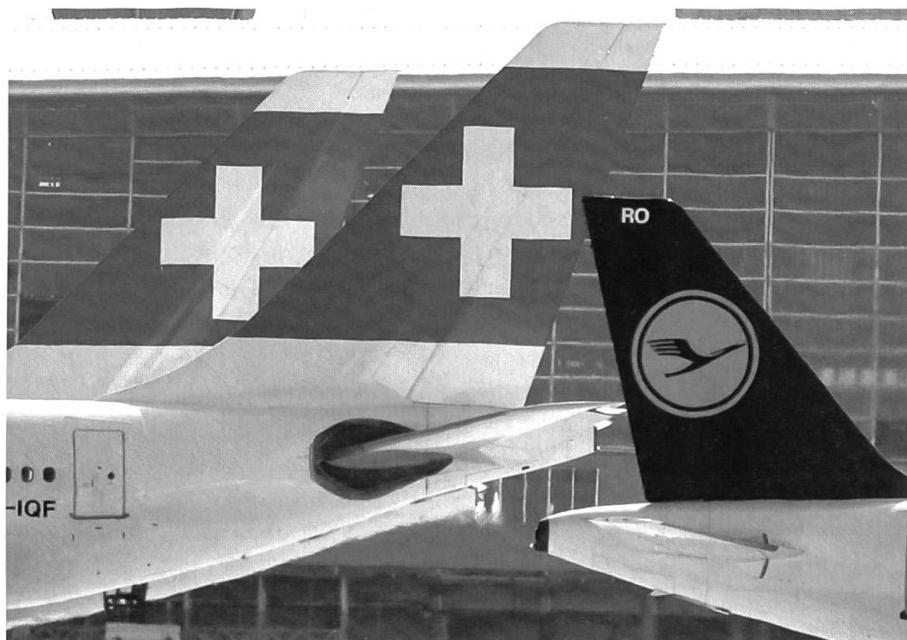
Der 12. Dezember ist ein grosser Tag für die SBB. Mit dem grössten je durchgeföhrten Fahrplanwechsel in der Schweiz wird die Bahn 2000 in Wirklichkeit umgesetzt. Das Angebot der Züge wächst um 12%. Zwischen den Hauptzentren wird ein Halbstundentakt eingeföhrt. – Das Herzstück ist die neue

Schnellstrecke zwischen Mattstetten und Rothrist. Praktisch die ganze Schweiz ist von Fahrplanänderungen betroffen. Die Reisenden profitieren von teilweise sehr erheblichen Fahrzeitverkürzungen. Die Umstellung gelingt ohne grössere Probleme und bildet einen Höhepunkt für die SBB nach jahrelanger Planung. Am gleichen Tag wird auch die neue Fussgängerüberführung «Welle für Bern» im Hauptbahnhof in Betrieb genommen. Der neue Bahnhof Bern-Wankdorf nimmt seinen Betrieb auf. Täglich werden hier rund 270 Züge anhalten.

Das Jahr 2004 ist das viertwärmste seit Beginn der Messungen im Jahr 1861. Es liegt damit direkt hinter dem Hitzejahr 2003. Neun der zehn Jahre seit 1995 sind unter den zehn wärmsten Jahren seit 1861.

Ab 1. Januar gilt in der Schweiz die neue Alkoholgrenze von 0,5 Promille und Drogengrenze null für Verkehrsteilnehmer. Die Sanktionen für Widerhandlungen werden gleichzeitig stark erhöht.

Im Rahmen der «Swiss Awards» wird Lotti Latrous vom TV-Publikum zur Schweizerin des Jahres erkoren. Sie ist Gründerin und Leiterin eines Sterbehospizes für AIDS-Kranke an der Elfenbeinküste in Afrika.



Übernahme der Swiss durch die Lufthansa (Foto: Keystone)

Im März beschäftigte das Schicksal der schweizerischen Luftfahrtgesellschaft SWISS die ganze Nation. Nach dem ruhmlosen Untergang der beliebten SWISSAIR im Oktober 2001 wurde noch im selben Monat die SWISS gegründet. Die Gründung der SWISS war vor allem ein Versuch zur Schadensbegrenzung, wobei die Erhaltung von Arbeitsplätzen, der Flughafeninfrastruktur und die Sicherstellung der internationalen Verbindungen im Vordergrund standen. Der Bund und der Kanton Zürich setzten viele Steuermillionen ein. Wichtige Kapitalgeber waren auch die beiden Grossbanken und grosse Industrie- und Handelsbetriebe. Mit dem relativ kleinen Heimmarkt und ohne Einbindung in eine der grossen Allianzen von Luftfahrtgesellschaften kam die SWISS nie aus den roten Zahlen heraus. Zusätzlich hatte sie gegen die starke Konkurrenz der Billigflieger auf Kurzstrecken, den Einbruch im Luftfahrtgeschäft nach der SARS-Epidemie in Asien und die enorme Erhöhung der Kerosinpreise im vergangenen Jahr zu kämpfen.

Unter diesen Umständen war es nicht verwunderlich, dass ein Übernahmeangebot durch die deutsche Lufthansa diesmal Erfolg hatte. Am 22. März beschliessen die Hauptaktionäre

diesen Verkauf, der nun schrittweise in den nächsten zwei Jahren abgewickelt wird. Dieser Verkauf beinhaltet auch Chancen im harten internationalen Wettbewerb des Luftverkehrs. Der Hub Zürich erhält eine gute Voraussetzung für den Weiterbestand innerhalb der Lufthansa-Familie durch die Absicherung der Verkehrsrechte über 10 Jahre im Rahmen einer Stiftung nach schweizerischem Recht.

In der Presse und von wenigen Privaten wurden einige kritische Stimmen laut, aber im Grossen und Ganzen gesehen ist diese Lösung wohl die einzige

mögliche, um überhaupt den Fortbestand zu sichern.

Kanton Bern

Tagelange schwere Niederschläge im Kanton (und in der Innerschweiz) verursachen grosse Schäden an Kulturen und Bauten im Juni. Im Emmental kommt ein Knabe ums Leben.

Mitte Januar findet das 75. Lauberhornrennen in Wengen statt. Die Jubiläumsrennen werden vom Österreicher Michael Walchhofer (Abfahrt) und dem Deutschen Alois Vogel (Slalom) gewonnen. Die Schweizer enttäuschten und konnten keine vorderen Ränge belegen.

Die beiden Regierungsräte Dora Andres und Mario Annoni, beide FDP, geben am 21. März bekannt, dass sie bei den nächsten Wahlen im Frühjahr 2006 nicht mehr für eine weitere Amtsperiode kandidieren werden.

Der 28. April 2005 ist ein historischer Tag am Lötschberg. Im Beisein von über 1000 Gästen wird der NEAT-Basistunnel zwischen Frutigen und Raron genau in der Mitte durchgestochen. Begonnen wurden die Bauarbeiten 1994 mit dem Bau von Sondierstollen. Nach dem Durchstich des 34,6 km langen Tunnels erfolgen nun der Endausbau und die Ausrüstung. Im Dezember 2007 wird der Personenverkehr aufgenommen. Die Intercity-Züge werden die Hauptorte des Oberwallis in weniger als einer Stunde mit Bern verbinden.

Bern Stadt

Die 103. Reise des Papsts Johannes Paul II. führt nach Bern zum ersten Nationalen Katholischen Jugendtreffen, wo er am 5. Juni vor



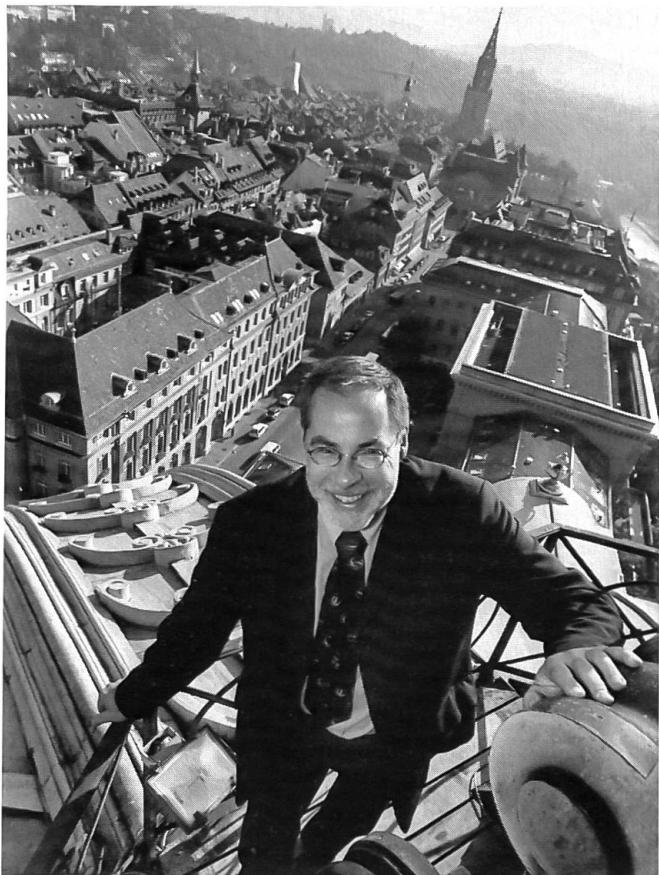
Zusammentreffen der Arbeiter nach dem Durchbruch im Lötschberg
(Foto: Keystone)

14 000 Jugendlichen auftritt. Tags darauf hält er vor 70 000 Menschen auf der Allmend eine Messe. Der Empfang war nicht überschwänglich. Vorgängig werden verschiedene Kritiken laut und der Papst ruft die Schweizer Katholiken zur Einigkeit auf.

Im Rahmen der Bundesfeier am 1. August wird der neu gestaltete Bundesplatz eingeweiht. Der autofreie Platz wurde teilweise mit Granitplatten aus Graubünden und Wasserdüsen gestaltet. Die Bevölkerung reagiert sehr positiv und der schöne Platz wird rasch ins Herz geschlossen.

Am 28. November wurde in der Stadt gewählt. Zum vierten Mal in Folge gewinnt das Rot-Grün-Mitte-Bündnis (RGM) in der Bundesstadt die Wahlen.

Als neuer Stadtpräsident wird der populäre Alexander Tschäppät, Sohn des legendären Stadtpräsidenten Reynold Tschäppät, mit einer komfortablen Mehrheit mit 61,3% der Stimmen gewählt. Unterlegen ist der Kandidat der FDP, Gemeinderat Kurt Wasserfallen. Alexander Tschäppät hatte bereits früh seine Kandidatur angemeldet und arbeitete beharrlich auf sein Ziel, Stadtpräsident zu werden,



Alexander Tschäppät, als Stadtpräsident zuoberst angelangt (Foto: Hansueli Trachs, Bern)

zu. Die frühe Kandidatur löste nicht überall eitel Freude aus, aber mit zunehmender Dauer schlossen sich die Reihen hinter ihm. Alexander Tschäppät bezeichnet sich als Berns «grössten Fan». Der scheidende Stadtpräsident und Parteikollege Klaus Baumgartner übergibt am Silvesterabend das neue Stadtzepter seinem Nachfolger.

In der von sieben auf fünf verkleinerten Stadtregierung besetzt das RGM-Bündnis drei Sitze und verfügt damit über die Mehrheit. Auf bürgerlicher Seite ist nur die FDP vertreten. Neu zieht überraschenderweise die Ex-Grossrätin Barbara Hayoz in den Gemeinderat ein. CVP-Gemeinderat Adrian Guggisberg wird nach acht Jahren abgewählt, genauso wie die von ihrer Partei, der SVP, fallen gelassene Gemeinderätin Ursula Begert. Sie verliert nach 12

Jahren ihr Mandat. Sie trat auf eigene Faust an und erzielte von allen bürgerlichen Kandidaten das beste Resultat, wurde aber ein Opfer des Proporzahlsystems. Für die scheidende Gemeinderätin Therese Frösch zieht neu Grossrätin Regula Rytz (GB) in den Gemeinderat ein. Ihre Wahl schaffte sie mit einem äusserst knappen Vorsprung von 19 Stimmen auf ihren Listenpartner Alec von Graffenried (GFL). Nachdem eine Nachzählung der Stimmen abgelehnt wurde, wird eine Wahlbeschwerde von einem alt Regierungsstatthalter und drei weiteren Stimmbürgern deponiert.

Im 80-köpfigen Stadtparlament erhöht das RGM-Bündnis seine Mehrheit um vier Sitze auf neu 46. Die Sozialdemokratische Partei (SP) verliert dabei vier Sitze. Grosse Gewinnerin im Bündnis ist die Grüne Freie Liste (GFL), die ihre Mandatszahl auf zehn Sitze verdoppeln kann. Auch das Grüne Bündnis (GB) geht um drei Sitze gestärkt in die neue Legislatur. Damit wird der Grün-Faktor im Parlament klar gestärkt. Die bürgerlichen Parteien verfügen noch über 32 Sitze. Die FDP verliert drei Sitze und die SVP einen. Die Frauen verfügen künftig wieder, wie 1993, über eine Mehrheit im Parlament.

Der neu gewählte Gemeinderat nimmt Anfang Januar 2005 seine Arbeit auf. Im verkleinerten Gremium werden die Direktionen

WETTBEWERB

Katastrophen, von denen Schweizer betroffen waren

Staffeln mit 50 amerikanischen Bombern überflogen am 1. April 1944 das Gebiet um die Stadt Schaffhausen und liessen gegen 11 Uhr vormittags zuerst über dem Kohlfirst, einer Anhöhe am südlichen Ufer des Rheins, etwa 500 Bomben fallen und später weitere 331 über der Stadt, wobei Fabriken, Wohnhäuser und Bahnanlagen getroffen wurden und 49 Menschen ums Leben kamen. 428 Leute waren mit einem Schlag obdachlos.

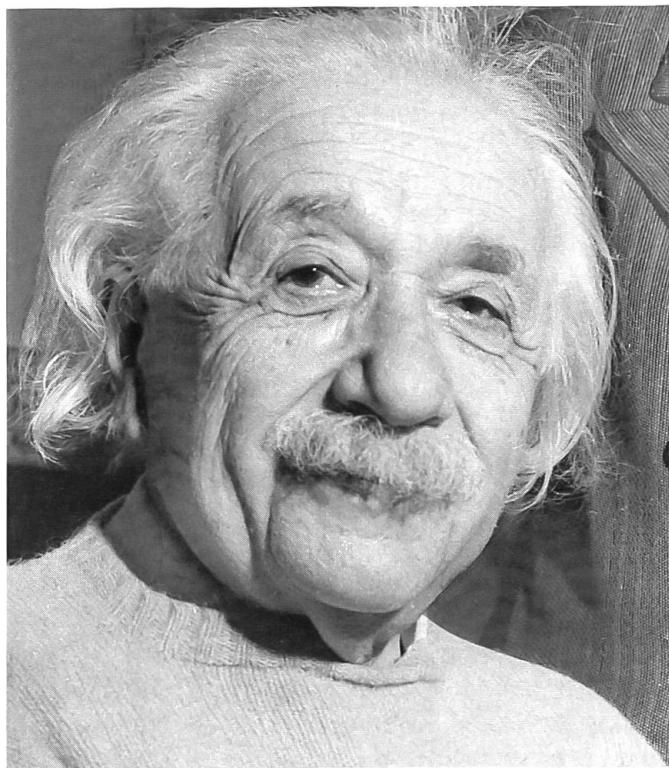
Siehe Wettbewerbsfragen auf Seite 92

zugewiesen. Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP) führt die Präsidialdirektion, Barbara Hayoz (FDP) die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie, Edith Olibet (SP) die Direktion für Bildung, Soziales und Sport, Regula Rytz (GB) die Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün und Kurt Wasserfallen (FDP) die Direktion für Finanzen, Personal und Informatik.

Die Besitzer des Hotels «Schweizerhof» werden das Haus nicht renovieren und als Luxushotel weiterbetreiben. Ihrer Ansicht nach ist der Standort Bern ungeeignet für die Luxushotellerie.



Das einstige Hotel «Schweizerhof» in Bern (Foto: Hansueli Trachsel, Bern)



Albert Einstein (Foto: Keystone)

Am 18/19. März fand die dritte Berner Museumsnacht statt. Sie wird immer beliebter und verzeichnete diesmal über 81 300 Eintritte. Ein absoluter Rekord.

Der Eishockey-Schweizer-Meister SCB von 2004 scheitert nach einer schwierigen Saison im neuen Jahr in den Halbfinals der Play-offs an Davos. Die Davoser gewinnen die Halbfinalserie mit 4:2 Siegen und bestreiten den Final gegen die Zürcher ZSC. Mit 4:1 Siegen werden die Davoser neuer Schweizer Meister.

Im April wird das 100-Jahr-Jubiläum des «Wunderjahres 1905» der Physikarbeiten von Albert Einstein eingeläutet. 1905 lebte und arbeitete der damals 26-jährige Albert Einstein in Bern. Innerhalb von wenigen Monaten schrieb er fünf Arbeiten, die unser Verständnis für das Universum grundlegend verändern sollten.

Zu Beginn des Jubiläumsjahres wird am 1. April der Einstein-Pfad in Bern eröffnet. Er gibt entlang von rund 90 Stationen Einblick in Einsteins Leben und Wirken während seiner Berner Zeit. Seit dem 22. April ist das Einsteinhaus dem Publikum wieder zugänglich.
Peter Zeidler